



## **Kulturausschuss**

### **7. Sitzung (öffentlich)**

29. März 2006

Düsseldorf - Haus des Landtags

13:30 Uhr bis 15:00 Uhr

Vorsitz: Dr. Fritz Behrens (SPD)

Protokollerstellung: Eva-Maria Bartylla

### **Verhandlungspunkte und Ergebnisse:**

Seite

**1 Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2006 und Gesetz zur Änderung haushaltswirksamer Landesgesetze (Haushaltsstrukturgesetz 2006)**

1

Gesetzentwurf  
der Landesregierung  
Drucksachen 14/1000 und 14/1500  
Zuschrift 14/271

Die Änderungsanträge sind Vorlage 14/406 zu entnehmen. Der Ausschuss lehnt die beiden vorliegenden Änderungsanträge der Grünen jeweils mit den Stimmen von CDU und FDP gegen die Stimmen der Grünen bei Stimmenthaltung der SPD-Fraktion ab.

Die Kapitel 02 061 – Bibliothekswesen – und 02 062 – Kulturförderung – im Einzelplan 02 – Ministerpräsident – nimmt der Ausschuss mit den Stimmen der Fraktion der CDU, der Fraktion der FDP und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen bei Stimmenthaltung der Fraktion der SPD daraufhin unverändert an.

Das Kapitel 14 510 – Denkmalpflege – im Einzelplan 14 – Ministerium für Bauen und Verkehr – wird mit den Stimmen der Fraktion der CDU und der Fraktion der FDP gegen die Stimmen der Fraktion der SPD und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen unverändert angenommen.

**2 Endlich Klarheit schaffen – Kunstsammlung braucht den Erweiterungsbau** 10

Antrag  
der Fraktion der SPD  
Drucksache 14/866

Die SPD-Fraktion erklärt ihren Antrag für erledigt.

**3 Kulturelle Bildung in den Schulen stärken** 10

Antrag  
der Fraktion der CDU und  
der Fraktion der FDP  
Drucksache 14/878

Entschließungsantrag  
der Fraktion der SPD  
Drucksache 14/1077

Der Ausschuss stimmt dem Antrag der Fraktion der CDU und der Fraktion der FDP mit den Stimmen von CDU und FDP bei Stimmenthaltung von SPD und Grünen zu.

Den Entschließungsantrag der Fraktion der SPD lehnt der Ausschuss mit den Stimmen von CDU und FDP bei Zustimmung der Fraktion der SPD und Stimmenthaltung der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen ab.

**4 Die grenzüberschreitende Zusammenarbeit zwischen Nordrhein-Westfalen, Belgien und den Niederlanden ausbauen und qualitativ stärken** 11

Antrag  
der Fraktion der CDU und  
der Fraktion der FDP  
Drucksache 14/1193

Der Ausschuss gibt kein Votum ab.

**5 Perspektivplan für die Kulturmétropole Ruhr**

11

Bericht der Landesregierung

Zuschrift 14/329

StS Hans-Heinrich Grosse-Brockhoff (StK) nimmt Stellung.

\*\*\*\*\*



## Aus der Diskussion

**Vor Eintritt in die Tagesordnung** gratuliert der **Vorsitzende** im Namen des Ausschusses den Ausschussmitgliedern Annegret Krauskopf (SPD) und Elisabeth Koschorreck (SPD) nachträglich zu ihren Geburtstagen.

### 1 **Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2006 und Gesetz zur Änderung haushaltswirksamer Landesgesetze (Haushaltsstrukturgesetz 2006)**

Gesetzentwurf  
der Landesregierung  
Drucksachen 14/1000 und 14/1500

Zuschrift 14/271

Der **Ausschuss** kommt überein, neben den Kapiteln 02 061 und 02 062 des Einzelplans 02 auch Kapitel 14 510 – Denkmalpflege – des Einzelplans 14 in die Beratung einzubeziehen, zu dem keine Änderungsanträge vorliegen.

Zur **1. Ergänzungsvorlage** informiert **StS Hans-Heinrich Grosse-Brockhoff (StK)**: Die positive Entscheidung des Kabinetts zum Erweiterungsbau für die Kunstsammlung NRW wirke sich für den Haushalt in diesem Jahr mit einem Betrag von 150.000 € aus, die in diesem Jahr für Planungsarbeiten usw. erforderlich seien. Das sei in der Ergänzungsliste zu Kapitel 02 062 die einzige Änderung. Der Titel 712 00 sei um 150.000 € erhöht worden und laute jetzt „Grundsanierung und Erweiterungsbau K 20“. Ein entsprechender Ausgleich um 150.000 € sei bei Titel 883 70 ausgewiesen.

Die alte Landesregierung habe die Sanierung bereits beschlossen und im Haushalt abgesichert, und zwar zu einem Kostenvolumen von 13,5 Millionen € zuzüglich 3 Millionen € Mehrkosten, die entstanden wären, wenn die Tiefgarage ohne Erweiterungsbau gebaut worden wäre im Zuge der Bebauung durch die Stadt, die ja den Bürgersaal bauen wolle. Diese 3 Millionen € wären verloren gewesen, weil sie nur für eine Zwischenlösung angefallen wären. In dieser Situation habe das Kabinett entschieden – zumal 4 Millionen € vom Freundeskreis hinzugekommen seien –, dass es besser sei, jetzt in einem Zuge Sanierung und Erweiterung durchzuführen. Denn auch bei der Sanierung komme es entscheidend darauf an, dass Klimaanlage, elektrotechnische und sicherheitstechnische Anlagen in einem Zuge geplant und entsprechend dimensioniert würden. Daher mache es nur Sinn, beides zusammen zu behandeln. Hierfür fielen Kosten in Höhe von 12,5 Millionen € an. 3 Millionen € seien bereits durch die etatisierten Mehrkosten bei der alten Regierung vorhanden gewesen, 4 Millionen € durch die großzügige Spende des Freundeskreises, der Gesellschaft der Freunde der Kunstsammlung Nordrhein-Westfalen, sodass lediglich noch 5,5 Millionen € zu etatisieren gewesen seien. Hiervon fielen als erste Rate 150.000 € in diesem Haushaltsjahr an. Der Rest verteile sich auf die nächsten drei Jahre.

Auf Nachfrage von **Claudia Nell-Paul (SPD)** ergänzt der **Staatssekretär**, über die 5,5 Millionen € verfüge man über eine Verpflichtungsermächtigung für die Bau- und Mietliste. Das sei auch schon zu früheren Zeiten beschlossen worden, aber nicht bestimmt für ein ganz bestimmtes Bauwerk, sondern für die Bau- und Mietliste, die insgesamt der Finanzminister einmal im Jahr vorlege, hätten noch mehr als 5,5 Millionen € zur Verfügung gestanden. Deswegen habe dieser Beschluss gefasst werden können. Nunmehr müsse das eingearbeitet werden in die Haushaltsentwürfe der nächsten Jahre und ganz konkret mit 150.000 € in diesem Jahr.

**Claudia Nell-Paul (SPD)** fasst das so zusammen, dass der Erweiterungsbau einschließlich der Sanierung auf der Grundlage der von der alten Regierung festgelegten Mittelausgabe finanziert werde. Etwas anderes habe sie bisher nicht vernommen, außer natürlich der sehr erfreulichen Zusage der Freunde und Förderer über 4 Millionen €.

**StS Hans-Heinrich Grosse-Brockhoff (StK)** bezeichnet das als reine Spekulation, denn es sei ja nicht bekannt, welche Bauvorhaben die alte Regierung, wenn sie weiter regiert hätte, durchgeführt hätte. Die neue Regierung habe eine eindeutige Umdisponierung vorgenommen zugunsten eines Kulturgebäudes. Insofern sei das aus dem Einzelplan 20 in diesen Einzelplan übergegangen.

**Oliver Keymis (GRÜNE)** hat eine Frage zu den Verpflichtungsermächtigungen im Einzelplan 02. Das stehe unter der Position 712 00 auf Seite 187. Dort stehe aber nur „Grundsanierung K 20“. Er vermute, das werde noch um „und Erweiterungsbau“ ergänzt werden. – Der **Staatssekretär** wirft ein, er habe eben gesagt, der Titel laute jetzt „Grundsanierung und Erweiterungsbau K 20“. – **Oliver Keymis (GRÜNE)** fährt fort, hier stehe ein Betrag von 16,5 Millionen € für das Jahr 2005. – Der **Staatssekretär** erklärt, das seien die 13,5 Millionen € plus 3 Millionen €. – **Oliver Keymis (GRÜNE)** fragt nach, ob die Aufteilung dahinter dann entsprechend so bleibe und in den 16,5 Millionen € die Erweiterung komplett enthalten sei. – Der **Staatssekretär** verneint dies. Zu den 16,5 Millionen € kämen noch 5,5 Millionen € an Belastungen hinzu.

Der **Vorsitzende** erkundigt sich, wie das haushaltstechnisch geregelt sei und ob die Mittel im Einzelplan 02 bei Verpflichtungsermächtigungen ausgewiesen seien oder im Einzelplan 20. – Der **Staatssekretär** gibt Auskunft, bisher im Einzelplan 20. – **MDgt Kral (StK)** ergänzt, das Kabinett habe beschlossen, dass die Mittel, die derzeit im Einzelplan 20 etatisiert seien, in den Einzelplan 02 umetatisiert werden sollten.

*(Der Ausschuss tritt in die Beratung der Änderungsanträge ein. Die Änderungsanträge sind Vorlage 14/406 zu entnehmen.)*

**Oliver Keymis (GRÜNE)** erklärt, seine Fraktion trage den Kulturhaushalt mit. Seine Fraktion halte das Thema Kultur nach wie vor hoch, obwohl sie nicht mehr den Kulturminister stelle. Einige Anmerkungen und Nachfragen habe es in seiner Fraktion mit Blick auf die Erhöhung des Ansatzes der Vertriebenenförderung nach § 96 gegeben.

Natürlich sei auch zur Kenntnis genommen worden, dass es neue Titelgruppen gebe, was die Grünen allgemein begrüßten, nämlich für die Themen kulturelle Bildung und kulturelle Integration.

Seine Fraktion lege einen Deckungsvorschlag vor und beantrage eine in gewisser Weise auch symbolisch gemeinte Aufstockung der Förderung der Kunst und Kultur der Frauen. Das sei die einzige Titelgruppe, die keine Erhöhung erfahren habe. Er wünsche sich, dass der Ausschuss diese Änderung gemeinsam beschließe und damit deutlich mache, dass dem Ausschuss dieses Thema und diese Arbeit wichtig seien. Der Staatssekretär habe ja bereits seine Meinung dargelegt, dass diese Förderung quer durch alle Abteilungen der Kultur und durch alle Titelgruppen gehen müsse. Im Prinzip gebe er ihm da Recht, aber bis das erreicht sei, brauche man die Titelgruppe 98, und zwar verstärkt. Diese Auffassung vertrete jedenfalls seine Fraktion.

**Claudia Nell-Paul (SPD)** begrüßt den Zuwachs im Kulturbereich und die eindeutige Schwerpunktsetzung bei der Förderung von kultureller Bildung. Sie sehe darüber hinaus mit Freude das Plus in vielen Bereichen der Kulturförderung, bei Theatern, bei der bildenden Kunst usw. Dieses positive Signal in die Kulturlandschaft werde von der SPD unterstützt.

Der Staatssekretär habe seine Versprechungen knapp eingehalten. Der von der SPD errechnete Reinerlös betrage in der Summe etwa 9 Millionen €. Von den 13 Millionen €, die ohne das GFG an Steigerungsrate zu verzeichnen seien, fließe ja auch ein großer Posten in das Düsseldorfer Schauspielhaus. Das begrüße die SPD, weil das Land da auch seinen Beitrag leisten müsse, aber das seien 4,5 Millionen €, die zu berücksichtigen seien und zum Beispiel nicht als Mittel für kulturelle Bildung zur Verfügung stünden. Nichtsdestotrotz sei die Ansatzserhöhung zu begrüßen.

Im Lichte des Gesamthaushalts falle die Freude allerdings etwas geringer aus. Diese Erhöhung stehe in keinem Verhältnis zu den gravierenden Kürzungen im Kinder- und Jugendbereich. Gerade im Kinder- und Jugendbereich sei eine deutliche Schwerpunktsetzung beim Thema kulturelle Bildung erforderlich. Stattdessen fänden gravierende Kürzungen statt, im Jugendbereich um 20 Millionen €, bei den Kindergärten um 170 Millionen €. Das passe nicht zu den Aussagen, dass Kinder und Jugendliche und kulturelle Bildung ernst genommen würden. Die Kürzung bei der Filmstiftung um 2,5 Millionen € passe ebenfalls nicht zu der Zielsetzung, die Kultur stärker zu fördern. Diese Einschätzung des Gesamthaushalts erkläre auch die Enthaltung der SPD-Fraktion bei der Abstimmung über den Kulturhaushalt.

Einige Punkte seien in der Beratung bisher offen geblieben. Das betreffe zum Beispiel die Förderung des Landesmusikrates. 2,49 Millionen € Oddset-Mittel seien etatisiert. Beim Landesmusikrat kämen nach seinen eigenen Angaben aber nur 1,868 Millionen € an. Sie bitte darum, diese Differenz von 622.000 € erklärt zu bekommen.

**Ingrid Hack (SPD)** schließt sich ihrer Vorrednerin in der Gesamtbewertung des Haushalts an.

Mit Freude habe sie immer wieder vernommen, dass es in Zukunft in der Kulturpolitik in NRW mehr um die Sanierung und den Erhalt von Bauwerken, Kulturdenkmälern usw. gehen solle. Sie wolle gern wissen, wo im Haushalt sich das politische Ziel Sanierung finanziell niederschläge.

Sie begrüße sehr die 300.000 € zusätzlich für die kulturelle Integration bei den sonstigen Geldleistungen an natürliche Personen. Zugleich gebe es beim Gerhart-Hauptmann-Haus und bei der Vertriebenenkultur eine Aufstockung um 261.000 €. Dies werde begründet mit dem Wiedereinstieg in Projektförderung. Ihre Frage laute, ob es zutreffe, dass es sich bei dieser Projektförderung um die erneute Förderung der Zusammenarbeit mit Osteuropa handele. Sie hielte es bei aller Freude über die 300.000 € zusätzlich für die kulturelle Integration für besser, dieses zusätzliche Geld in die allgemeine Integrationsarbeit zu investieren.

Ihre dritte Frage trage sie stellvertretend für Frau Koschorreck vor, die an dieser Sitzung nicht teilnehmen könne. Frau Koschorreck habe in der letzten Ausschusssitzung nach der Baumaßnahme für das Leopold-Hoesch-Museum in Düren gefragt und bitte jetzt um Auskunft über den aktuellen Sachstand.

**Prof. Dr. Thomas Sternberg (CDU)** äußert zu den Bedenken von Frau Nell-Paul wegen der starken Kürzungen im Jugendbereich, die Vorgängerregierung sei ja ganz raffiniert gewesen. Sie habe in einem Doppelhaushalt 75 Millionen € angesetzt, habe aber ein Gesetz beschlossen, das eine Steigerung vorsehe in einem Haushalt, den sie gar nicht mehr zu verantworten habe.

Der vorliegende Haushalt löse die gravierendsten Probleme. Dringend notwendige Schwerpunkte seien gesetzt worden bei der regionalen Kulturförderung, bei der freien Kulturarbeit, bei der Soziokultur, bei der kulturellen Integration, bei Kultur und Schule und beim Substanzerhalt, beim Archivwesen und bei der Dokumentensicherung.

Die Kultur der Frauen werde seiner Ansicht nach seit einiger Zeit sachgerechter behandelt, nämlich nicht als Sonderthema, sondern als Querschnittsthema. Der Ansatz für die Förderung von Kunst und Kultur der Frauen sei ja nicht gekürzt worden. Das Bestehende könne fortgeführt werden. Die Notwendigkeit einer Ausweitung der Förderung der Kunst und Kultur der Frauen sehe er nicht. Denn die Landesregierung gehe davon aus, dass von der Kulturförderung insgesamt Frauen gleichermaßen profitierten. Das mache diesen Änderungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen nicht erforderlich – zumal die Deckung aus einem Titel erfolge, der viele Möglichkeiten biete. Eine Kürzung an der Stelle halte er für problematisch.

Die CDU stimme den Ansätzen für kulturelle Integration und für die sogenannte „Vertriebenenkultur“ zu. Er verwende diesen Ausdruck „Vertriebenenkultur“ aus Prinzip nicht, denn die Kulturarbeit nach § 96 habe sich in den letzten Jahren erheblich verändert. Das, was da in Nordrhein-Westfalen gemacht werde, könne sich sehen lassen. Der Ansatz in Höhe von 1,8 Millionen € hänge auch damit zusammen, dass das Land zwei Einrichtungen zu 100 % unterhalte, während der Bund mit 100 % eine Bibliothek und eine andere Einrichtung komplett unterhalte. Das ließe sich auch anders machen. Man könne sich auch auf die gesetzlichen Vorgaben zurückziehen und sagen, grundsätzlich werde alles im Verhältnis 50:50 gefördert. Er halte es aber für eine ganz prag-



matische Lösung, wenn Bund und Land jeweils eine Förderung ganz übernehmen. Da es hier um Einrichtungen gehe, sei tatsächlich ein anderer Ansatz erforderlich. Diese Institutionen, zum Beispiel das Gerhart-Hauptmann-Haus, leisteten eine Arbeit, die weit über die frühere Kulturarbeit in dem Bereich hinausgehe. Dazu gehörten die Verständigungsarbeit, die Frage nach der Kultur in den früheren deutschen Ostgebieten und der Austausch mit Polen. Hinzu kämen Schulbildung und historische Bildung. Unter diesen Gesichtspunkten sollte dieser Etatposten so bleiben. Die 300.000 € seien eine Akzentsetzung. Das schließe anderes ja nicht aus. Er gehe davon aus, dass etwa in den soziokulturellen Zentren viel Integrationsarbeit geleistet werde.

Er kündige einen Änderungsantrag der CDU zur Aufstockung der Finanzierung der Landesmusikakademie in Heek in Höhe von 60.000 € an, der im Haushalts- und Finanzausschuss eingebracht werde.

**Angela Freimuth (FDP)** merkt an, in der letzten Sitzung sei bereits darauf hingewiesen worden, dass Frauenkultur als Querschnittsaufgabe betrachtet werde.

An Frau Nell-Paul richte sie die Frage, ob sie es richtig verstanden habe, dass die SPD-Fraktion unter dem Gesichtspunkt der Gesamthaushaltssituation die vorliegende Aufstockung des Kulturförderetats für falsch halte.

**Oliver Keymis (GRÜNE)** ist erstaunt darüber und bedauert es, dass CDU und FDP bisher keine Änderungsanträge vorgelegt hätten, denn damit entfalle auch eine fachpolitische Debatte über die Änderungsvorstellungen von CDU und FDP und ihre Deckungsvorschläge. Das erlebe er jetzt bereits im dritten Ausschuss. Das halte er formal schon für ein bemerkenswertes Vorgehen.

Die Aufstockung bei den Mitteln nach § 96 habe in seiner Fraktion Diskussionen hervorgerufen. Als Mitglied des Kuratoriums des Gerhart-Hauptmann-Hauses sei ihm vieles von dem, was dort passiere, relativ geläufig. Er habe das in der Fraktion auch so begründet, dass er es zum einen systematisch gut finde, dass sich das jetzt in diesem Teil des Etats widerspiegle. Das finde er vom Grundsatz her richtig. Zum anderen habe er darauf hingewiesen, dass sich die Arbeit auch verändert habe. Einige Vorurteile hätten ja zu Recht bestanden. Inzwischen habe sich da aber weitgehend eine andere Form der Zusammenarbeit entwickelt, auch im Zuge der EU-Erweiterung. Insofern habe die Fraktion der Grünen dazu keinen Änderungsvorschlag gemacht.

Er finde es sehr aner kennenswert, dass die Landesregierung die Förderung der Kultur für Frauen auf alle Bereiche ausgedehnt wissen wolle, aber die Erfahrung – deswegen sei dieser Titel ja auch vor Jahren eingerichtet worden – habe gelehrt, dass es sich trotz guter Vorsätze dann doch nicht so entwickle. Insofern sei es gut, wenn es eine Art Einsatzstelle gebe, um das bestehende Ungleichgewicht auszugleichen. Am 28. Oktober 2005 habe dazu eine sehr interessante Tagung stattgefunden, die sich – grob ausgedrückt – mit der Frage beschäftigt habe, wie viele Theaterintendantinnen es in Deutschland gebe. Er befürchte, dass solche Veranstaltungen vielleicht nicht mehr stattfänden, wenn Einrichtungen wie das Frauenkulturbüro nicht gestärkt würden und weiter existierten. Das gebe er zu bedenken.

Da der allgemeine Kulturfördertopf eine relativ große Erhöhung aufweise, halte er das für die beste Deckungsmöglichkeit, da die Mittel von dort am schadlosesten genommen werden könnten. Die Grünen hätten sich im Übrigen in allen Haushaltsbereichen bemüht, Vorschläge zu machen, die möglichst noch unter dem Entwurf der Landesregierung blieben. Denn die Grünen wüssten ja um die schwierige Haushaltssituation.

**StS Hans-Heinrich Grosse-Brockhoff (StK)** tritt dem Gerücht entgegen, dass diese Landesregierung weniger für Kinder und Jugendliche tue. Wenn der gesamte Haushalt so verabschiedet werde, gebe diese Landesregierung ungefähr 200 Millionen € mehr für Kinder und Jugendliche aus, allerdings auf ganz bestimmten Gebieten, und zwar einmal natürlich beim gesamten Schulbereich. Aber es sei doch wohl im Sinne von Kindern und Jugendlichen, wenn zum Beispiel die Ganztagschule erheblich weiter ausgebaut werde. Ein weiterer Bereich sei der Kulturbereich. Er schätze, am Ende dieses Jahres werde mindestens ein Drittel, wenn nicht sogar die Hälfte der Steigerung ganz klar dem Adressatenkreis Kinder und Jugendliche zuzuordnen sein. Denn nicht nur bei Projekten, die gesondert ausgewiesen würden, wie kulturelle Bildung, Kultur und Schule, sondern in allen Titelgruppen werde verstärkt das Gewicht auf die Arbeit für Kinder und Jugendliche gelegt. Insofern finde eine Veränderung statt, aber unter dem Strich mit einer klar positiven Bilanz für Kinder und Jugendliche.

Er habe angenommen, dass die alte Absprache über die Verwendung der Oddset-Mittel im Kulturbereich hier im Ausschuss bekannt sei: 75 % würden vom Landesmusikrat verwaltet und 25 % vom Land. Dies mache für das Land eine Größenordnung zwischen 600.000 € und 700.000 € aus. Damit verfolge das Land zielgerichtet für die Laienmusik bestimmte Konzeptionen und Projekte. An dieser Absprache mit dem Landesmusikrat habe sich nichts geändert.

Die Frage nach dem Erhalt von Gebäuden betreffe den Bereich Denkmalpflege des Ministeriums für Bauen und Verkehr. Die Beantwortung dieser Frage müsse schriftlich nachgereicht werden. Er sage zu, die Antwort auf diese Frage beim Ministerium für Bauen und Verkehr einzuholen und dem Kulturausschuss mitzuteilen.

Natürlich habe auch der Kulturbereich dafür Mittel. Das Schauspielhaus Düsseldorf sei seines Wissens schon unter der alten Regierung im mittelfristigen Programm gewesen. Wenn diese Maßnahmen dafür sorgten, dass das Schauspielhaus nicht geschlossen werden müsse, dann gehöre auch dies zum Substanzerhalt, zum Erhalt von Gebäuden. Das gelte auch für die Entscheidung zur Grundsanierung der Kunstsammlung NRW. Im Übrigen habe man Substanzerhalt im Kulturhaushalt zurzeit ganz wesentlich auf den Erhalt von Beständen konzentriert. Der Kulturhaushalt wäre mit Sicherheit überfordert, wenn er den gesamten baulichen Bereich abdecken wollte. Über dieses Thema Erhalt von Substanz sollte seines Erachtens auch einmal in einer gemeinsamen Sitzung mit dem Bauausschuss diskutiert werden. Auch ein verdoppelter Kulturretat werde den Sanierungsstau an Kulturgebäuden im Land nicht lösen können. Denn da handele es sich um dreistellige Millionenbeträge. Das könne dieser Etat alleine nicht leisten.

Für ihn stellten kulturelle Integration und Vertriebenenkultur keinen Gegensatz dar, sondern für ihn gehöre beides zusammen, sei in gleichem Maße wichtig und sollte auch nicht gegeneinander aufgerechnet werden. Vertriebenenkulturarbeit bekomme für ihn

eine völlig neue Dimension parallel zu kultureller Integration nichtdeutscher Kultur. Beides müsse parallel gesehen werden. Die Mittel seien projektbezogen. Das gehe querbeet. Das betreffe nicht nur das Gerhart-Hauptmann-Haus. Es gehe um Projekte aller Verbände, die hier aktiv seien. Im Moment liefen noch die Antragsfristen. Man werde wieder in die Projektförderung einsteigen gegenüber bisher nur institutioneller Förderung, die zum Teil auch reduziert worden sei.

Zu der Frage von Frau Koschorreck seien Erkundigungen eingeholt worden. Dazu liege ein Antrag vor. Der sei allerdings noch nicht bewilligungsreif. Es handele sich ja um ein altes Vorhaben. Der Antrag sei auch aufgrund alter Pläne, alter Kostenschätzungen und alter Unterlagen eingereicht worden. Es stehe auch noch nicht fest, inwieweit der Eigenanteil, der über die Peill-Stiftung kommen solle, tatsächlich in diesem Jahr bewilligt werde und fließen könne. Das müsse leider noch geklärt werden. Er sage zu, bei dieser Klärung zu helfen, um den Bau möglich zu machen. Zu seiner Zusage stehe er nach wie vor. Er könne aber noch nicht sagen, ob es in diesem Jahr gelinge.

**Claudia Nell-Paul (SPD)** betont angesichts der Frage von Frau Freimuth, dass die SPD-Fraktion den Kulturhaushalt mit seinen Erhöhungen sehr begrüße und diese Arbeit unterstützen werde. Leider beschränke sich aber die Verantwortung der Kulturpolitiker nicht auf den Fachbereich Kultur, sondern sie seien Abgeordnete für das ganze Land und müssten auch den Haushalt in Gänze betrachten. Diese Auffassung habe Frau Freimuth ja bisher auch vertreten.

Die SPD halte den gesamten Haushalt für unausgewogen angesichts der starken Kürzungen im Kinder- und Jugendbereich. Da helfe auch die Aussage von Herrn Grosse-Brockhoff nicht. Denn allein im Kindergartenbereich seien 176 Millionen € gekürzt worden. Das halte sie unter den aktuellen Bedingungen und bei den allgemeingesellschaftlichen Debatten für unverantwortlich. Die SPD werde dazu entsprechende Vorschläge machen. Denn nicht nur der Kulturhaushalt erlebe Zuwächse. Der Haushalt sei insgesamt kein Sparhaushalt. Sie nenne beispielhaft die Landwirtschaftskammer und die Finanzierung von Flughäfen.

Ihr Fazit laute: Ja zu den Erhöhungen im Kulturbereich, aber Nein in der Betrachtung der Gesamtlage. Vor allem fehle ein roter Faden. Sie erinnere an die Filmstiftung. Die SPD werde sich bei der Abstimmung enthalten.

Herr Grosse-Brockhoff habe Recht mit seinem Hinweis auf die Absprache mit dem Landesmusikrat. Dem Landesmusikrat scheine das aber nicht mehr präsent zu sein, denn er habe gezielt auf dieses Problem aufmerksam gemacht. Vielleicht sollte das in Zukunft im Haushalt deutlicher werden. Wenn 622.000 € zur Verfügung stünden, um zielgerichtet Projekte der Laienmusik zu unterstützen, halte sie es für sinnvoll, in den Erläuterungen darzulegen, in welche Projekte dieses Geld fließe. Dieses Problem kenne sie noch von der alten Regierung. Die neue Regierung scheine dieses Problem ebenfalls zu haben. Die Abgeordneten hätten immer Schwierigkeiten, hinter die Fördersystematik zu blicken, und müssten dann nachfragen, welche Projekte im Detail finanziert würden. Sie bitte darum, dass in den nächsten Monaten konkreter darüber berichtet werde, welche Projekte hier finanziert würden.

Diese Frage gelte auch für andere Haushaltsstellen, zum Beispiel für die sogenannte Vertriebenenkultur. Sie bitte um Auskunft, welche Projektfinanzierungen da angedacht seien. Ihr Ansatz sei nicht, das Gerhart-Hauptmann-Haus und seine Arbeit infrage zu stellen. Das sei eine institutionelle Förderung. Dieser Verpflichtung wolle man nachkommen. Ihr gehe es nur um die Relation, um die Erhöhung des Ansatzes für das Gerhart-Hauptmann-Haus auf der einen Seite und um die 300.000 € für Integrationsmaßnahmen auf der anderen Seite. Die Relation habe nicht stimmig gewirkt. Die Integrationsprobleme in Nordrhein-Westfalen konzentrierten sich ja nicht in erster Linie auf Vertriebene, sondern seien anders gelagert.

**Angela Freimuth (FDP)** ist froh darüber, dass die SPD-Fraktion den Kulturhaushalt positiv bewerte, die Erhöhung der Mittel und die Rücknahme von Kürzungen der alten Landesregierung. Frau Nell-Paul habe aber auch darauf hingewiesen, dass der Gesamthaushalt betrachtet werden müsse. Eine Diskussion darüber, ob die Prioritätensetzung der neuen Landesregierung für Kinder und Jugendliche ausreiche oder Verbesserungen möglich seien, müsse ihres Erachtens an dieser Stelle nicht geführt werden. Auf jeden Fall bestehe Einigkeit darüber, dass insgesamt im Landeshaushalt Prioritäten für den Bereich Kinder und Jugendliche gesetzt werden müssten. Die neue Landesregierung habe da eindeutig Prioritäten gesetzt. Dass sich die Opposition viel mehr wünsche, halte sie für nicht verwunderlich.

Selbstverständlich müsse auch für den von Herrn Sternberg skizzierten Änderungsvorschlag ein Deckungsvorschlag gemacht werden. Mit der Ankündigung durch Herrn Sternberg werde eine inhaltliche Befassung mit dieser Änderung bereits möglich. Insofern könne die Meinungsbildung der Opposition durchaus einbezogen werden.

Dass noch keine Änderungsanträge von CDU und FDP vorlägen, habe den einfachen Grund, dass CDU und FDP zu ihren Änderungsvorschlägen auch Deckungen präsentieren wollten. Vom Kulturausschuss wisse sie es nicht, aber sie erinnere sich an andere Fachausschüsse, in denen die damaligen Regierungsfractionen durchaus Änderungsanträge gestellt hätten ohne die entsprechenden Deckungen darzustellen. Die Deckungsvorschläge seien dann später im Haushalts- und Finanzausschuss gemacht worden.

**Walter Kern (CDU)** meint, jeder, der sich fachlich damit auseinandersetze, werde die Prognose wagen können, dass im tatsächlichen Ist des Verbrauchs der neue Landesjugendplan mehr Geld für die Jugendlichen generiere als der unter der alten Regierung.

Er begrüße sehr, dass diese Diskussion um die Bausubstanz endlich eröffnet werde, aber die Opposition sollte aufpassen, welches Fass sie damit aufmache angesichts folgender Bilanz der alten Regierung: Die kommunale Denkmalpflege verzeichne seit 1987 eine Absenkung von 5,842 Millionen € auf 5 Millionen €. Die Bodendenkmalpflege habe seit 1987 eine Reduzierung von 3,528 Millionen € auf 3,017 Millionen € erlebt. Die pauschalen Zuweisungen an die Gemeinden seien tatsächlich von 4,7 Millionen € auf null reduziert worden. Insgesamt bleibe festzustellen, dass die Denkmalpflegemittel 1987 umgerechnet noch 27,2 Millionen € betragen hätten. Zum Ende der vergangenen Legislaturperiode seien es noch 12,7 Millionen € gewesen. Die Sicherung wertvollen

Kulturgutes sei eine große Aufgabe der nächsten Jahre und Jahrzehnte. Gerne arbeite er dabei mit der Opposition zusammen.

**Annegret Krauskopf (SPD)** fragt, inwieweit auch Projekte der Jugendsozialarbeit gefördert würden. Auch Jugendsozialarbeit könne Jugend an Kultur heranzuführen. Da gebe es ganz große Lücken. Sie könne etliche Schulen nennen, an denen Jugendsozialarbeit einen ganz wichtigen Faktor darstelle und sicherlich auch mit Jugendkulturarbeit zusammengeführt werden könne.

**StS Hans-Heinrich Grosse-Brockhoff (StK)** sieht zwischen Jugendkulturarbeit und Jugendsozialarbeit keinen Gegensatz. Die Zusammenarbeit von Künstlern und Schulen sei seines Erachtens auch unter sozialpolitischen Gesichtspunkten zu begrüßen. Im Vordergrund stehe natürlich der kulturelle und kunstbezogene Ansatz. Das schließe anderes aber nicht aus.

Man habe ja auch vor, in einem zweiten Schritt – aber noch nicht in diesem Jahr – in Kindertagesstätten zu gehen und Modellprojekte mit Jugendfreizeiteinrichtungen und vergleichbaren Einrichtungen im Jugendbereich durchzuführen. Es gebe bereits einen Arbeitskreis mit dem Ministerium für Generationen, Familie, Frauen und Integration. Auch im Bereich Integration finde eine hervorragende Zusammenarbeit statt.

Die Rede des Staatssekretärs in Gütersloh, so **Claudia Nell-Paul (SPD)**, habe auch zum Inhalt gehabt, dass den Schulen im Schuletat 120 Millionen € zusätzlich zur Verfügung gestellt würden, um Honorarkräfte aus den Bereichen Sport, Kultur, Vereinswesen, Kirchen usw. in die Schulen holen zu können, und zwar neben den 4.000 neuen Lehrerstellen und neben den Mitteln für „Geld statt Stellen“. Das betreffe ja nicht den Kulturretat mit dem Programm Künstler an Schulen, sondern der Staatssekretär habe von zusätzlichen Mitteln im Schuletat gesprochen. Sie wolle gern wissen, welche Haushaltsstellen das seien und ob das in diesem Jahr bereits begonnen worden sei oder erst für das nächste Jahr vorgesehen sei.

Der **Staatssekretär** legt dar, diese 120 Millionen € bauten sich in fünf Jahren auf. Diese 120 Millionen € seien ganz wesentlich die zusätzlichen Mittel für die offene Ganztagschule und ähnliche Projekte im Schuletat. Er habe an die Adresse der Künstlerinnen und Künstler und Kulturinstitute in diesem Land gesagt, es müsste doch gelingen, ein Drittel davon entsprechend zu lenken. Die Kulturabteilung wolle dazu animieren – in einem ersten Schritt mit einer ersten Million, der sicher in den nächsten fünf Jahren weitere Millionen folgten –, solche Projekte in Anspruch zu nehmen, indem sie von der Kultur aus finanziert würden, aber auch über die offene Ganztagschule. Dies werde eine Mischrechnung werden. Er sei sicher, dass man in fünf Jahren bei der kulturellen Bildung im Kulturretat bei einem zweistelligen Millionenbetrag angekommen sein werde, zu dem dann ein zweistelliger Millionenbetrag aus dem Schuletat hinzukommen werde. Dann sei man vielleicht bald bei den 40 Millionen €. Es komme ganz wesentlich darauf an, dass die Szene darauf reagiere und dieses einzigartige Potenzial nutze. Da sei er sehr zuversichtlich. Das sei ja schon eine kleine Jobmaschine für die Kulturszene. Der

Kulturbereich schaffe Anreize, aber es kämen auch Mittel aus dem Schuletat hinzu. Aus beiden Töpfen finanziere sich das im Sinne auch einer Dynamisierung. Soweit es sich um offene Ganztagschulen handele, werde das aus dem Kulturetat mit 1.200 € pro Schuljahr und Gruppe und aus dem Schuletat mit 800 € über die Finanzierung der offenen Ganztagschule gespeist.

Auf die Frage des **Vorsitzenden** nach der Begründung für die erhebliche Mittelsteigerung bei der Insel Hombroich erläutert **StS Hans-Heinrich Grosse-Brockhoff (StK)**, erstens wolle man mit dieser Steigerung die Kürzung von 100.000 € auf 50.000 € rückgängig machen. Zweitens bestünden auf der Insel Hombroich Defizite bei der Instandhaltung. Das betreffe auch die Gartenanlagen. Mit dieser im Haushalt vorgesehenen Steigerung wolle man gern zielgerichtet dazu beitragen und lege auch Wert darauf, dass dies auf der Insel Hombroich wieder verstärkt Beachtung finde.

– **Abstimmungsergebnis** siehe Beschlussprotokoll –

## 2 Endlich Klarheit schaffen – Kunstsammlung braucht den Erweiterungsbau

Antrag  
der Fraktion der SPD  
Drucksache 14/866

Die SPD-Fraktion erklärt ihren Antrag für erledigt.

## 3 Kulturelle Bildung in den Schulen stärken

Antrag  
der Fraktion der CDU und  
der Fraktion der FDP  
Drucksache 14/878

Entschließungsantrag  
der Fraktion der SPD  
Drucksache 14/1077

Der **Vorsitzende** teilt mit, dass das Votum des mitberatenden Schulausschusses noch ausstehe, schlägt aber dennoch vor, in dieser Sitzung über die beiden Anträge abzustimmen, da es auch nicht gelungen sei, sich auf einen gemeinsamen Antrag zu verständigen. – Der **Ausschuss** folgt diesem Vorschlag.

– **Abstimmungsergebnis** siehe Beschlussprotokoll –